



Seit 1945 in Chemnitz für Chemnitz: Die Volkssolidarität

Liebe Mitglieder und Freunde der Volkssolidarität,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

die Volkssolidarität ist ein Verband, der auf eine sehr wechselreiche Geschichte zurückblicken kann. Gegründet aus der Not der Nachkriegszeit heraus, entwickelte er sich in der DDR zu einer Massenorganisation, die in den Wirren der Wende zu zerfallen drohte. Nach dieser Zerreißprobe entstand ein großer und anerkannter Mitglieder-, Wohlfahrts- und Sozialverband in den fünf neuen Bundesländern.

Die Basis ist dabei in all den Jahren stets gleich gewesen: Menschen engagieren sich unter dem Dach der Volkssolidarität, um gemeinsam anderen Menschen zu helfen. In den Anfangsjahren galt diese gelebte Solidarität den Notleidenden

der Nachkriegszeit. Heute wird sie von den Mitgliedern des Verbandes vor allem in Form der Nachbarschaftshilfe gelebt. Ältere Menschen werden nicht allein gelassen, sondern es wird ihnen geholfen und Zeit für sie gefunden. Damit tragen die Volkshelfer der Volkssolidarität aktiv gegen die Vereinsamung Hochbetagter bei. Die Solidarität gilt aber auch den vielen sozial benachteiligten Menschen. Der Verband vertritt ihre Interessen vor der Politik und trägt Probleme, Missstände sowie konstruktive Vorschläge in die Öffentlichkeit.

Die Volkssolidarität steht zudem für eine starke Gemeinschaft. In ihren Mitgliedergruppen wird seit

vielen Jahren ein enges „Miteinander – Füreinander“ gepflegt. Sie sind Heimstatt für Menschen, die Solidarität brauchen und gleichermaßen für Menschen, die Solidarität geben können.

Die Volkssolidarität sind aber auch viele Mitarbeiter, die sich professionell um Menschen kümmern, sie beraten, pflegen und betreuen.

In diesem Heft können Sie sich zur Geschichte der Volkssolidarität insbesondere in Chemnitz (bzw. in Karl-Marx-Stadt) informieren. Dabei werden auch an der einen oder anderen Stelle die Menschen von der Basis, die Mitarbeiter und Mitglieder der Volkssolidarität, zu Wort kommen.


Andreas Lasseck
Vorsitzender des
VOLKSSOLIDARITÄT Stadtverband Chemnitz e.V.

Impressum:

Herausgeber:

VOLKSSOLIDARITÄT
Stadtverband Chemnitz e.V.

Clausstraße 31, 09126 Chemnitz

Telefon: 0371 5385-100

Telefax: 0371 5385-111

www.vs-chemnitz.de

Quellen:

Angerhausen, Susanne (2004): Radikaler Organisationswandel – wie die Volkssolidarität die deutsche Vereinigung überlebte, VS Verlag. · Braun, Günter (1993): Volkssolidarität. In: Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.) SBZ-Handbuch staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, S. 793-797.

Zeitdokumente: Aktionen der Volkssolidarität im Kreis Chemnitz 1945 · Aufstellung über Heime der Stadt Chemnitz vom 26.10.1946 · Manuskript Arbeitstagung der Volkssolidarität 1.-3. Ok-

tober 1946. Beschlüsse der Kommission · Mitteilungsblatt für alle Aktivisten der Volkssolidarität Nr. 1 und 2, 1946 · Mitteilungen für die Stadt-/Kreisverbände, Landesverband Sachsen vom Dezember 1994 · Protokoll der Kreisausschusssitzung vom 29.07.1948 · Protokoll der Bundesdelegiertenversammlung 2002 · Rundschreiben vom 6.11.1945 · Sächsische Volkszeitung Nr. 49 vom 28.02.1946

Weitere Informationen sind folgenden Quellen entnommen: Volkshelfer, verschiedene Jahrgänge · Neues Deutschland, verschiedene Jahrgänge · Freie Presse verschiedene Ausgaben und Jahrgänge

Redaktionsschluss:

1. Oktober 2011



Das „Haus der Volkssolidarität“ im ehemaligen Kaufhaus Schocken/Merkur

Wie in vielen anderen Städten Deutschlands war auch in Chemnitz die Not nach dem Krieg groß. Durch Luftangriffe der Alliierten im März und April 1945 wurden nicht nur zahlreiche Fabriken und öffentliche Gebäude, sondern auch etwa ein Viertel aller Wohnungen zerstört.

Im November 1945 bildete sich das **Sekretariat der Volkssolidarität**, bestehend aus zwei Vorsitzenden und einem Geschäftsführer. Die Büros wurden im Kaufhaus „Merkur“ (Schocken) eingerichtet. Für die Ressortarbeiten wurden die Arbeitsgruppen Sachspenden, Ernährung, Jugend und

Kinder, Transportwesen, Industrie und Handwerk sowie Agitation und Propaganda gebildet. Für die Umsetzung und Durchführung der Aufgaben waren die in den Stadtteilen gegründeten Volkssolidaritätsausschüsse verantwortlich. (Vgl. Rundschreiben vom 06.11.1945) Am 2. Dezember konnte dann das Haus der Volkssolidarität eröffnet werden.

Die Mittel zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bevölkerungsteile kam aus vielfältigen Quellen. Aus dem Rechenschaftsbericht der Volkssolidarität Chemnitz für die Zeit vom 8. November bis 31. Dezember 1945 geht hervor, dass in diesen Wochen neben Bargeldspenden in Höhe von insgesamt 1 Mio. RM zahlreiche Sachspenden wie Briketts, Ersatzbrennstoffe, Baumaterialien und Lebensmittel eingegangen sind. So spendeten beispielsweise die Chemnitzer Polizisten 25 Prozent ihres Oktobergehaltes, die SPD-Parteigruppe 900 Mark und die Brauerei Einsiedel 1.423 Mark. Vertreter des Kreises Flöha übergaben auf dem Chemnitzer Marktplatz 12 Lastwagen-Ladungen mit Haushaltsgeräten, Möbeln und Kleidungsstücken zur Verteilung an Bedürftige. Auch der Kreis Döbeln half: 40 Lastwagen und Zugmaschinen brachten 200.000 kg Kartoffeln. Das Schlos-

ser- und Malerhandwerk der Region setzte 120 Herde instand und brachte 250 Wohnungen in Ordnung.

Im Dezember 1945 fand eine erste „Woche der Volkssolidarität“ statt. Bei einer Großkundgebung auf dem Chemnitzer Theaterplatz sprach Hermann Matern, der für die KPD den Aufruf „Volkssolidarität gegen Wintersnot“ unterzeichnet hatte. Im Anschluss an diese Veranstaltung erfolgte auf dem Marktplatz eine Spendenaktion. In einer Sonderzuteilung konnten noch im gleichen Monat an alte Menschen und Fürsorgeempfänger 413.000 Mark ausgegeben werden. (Vgl. „Aktionen der Volkssolidarität im Kreis Chemnitz 1945“)

So vielfältig die Mittel zur Unterstützung notleidender Bevölkerungsteile waren, so zahlreich waren auch die Hilfsmaßnahmen den Betroffenen gegenüber. Zu den notleidendsten Gruppen der Nachkriegszeit gehörten Flüchtlinge. Um diesen zu helfen, wurden in Chemnitz amtliche Hilfsmaßnahmen zur **Flüchtlingsbetreuung** organisiert. Im Mai 1946 wurde eine Abteilung „Flüchtlingsvorsorge“ gebildet, die sich vorrangig um die Unterbringung der Menschen kümmerte. In öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Fabriken und Kirchen wurden vorüberge-



Plakat zur ersten Friedensweihnacht

hend Flüchtlingslager eingerichtet. Später sind die neugegründeten Ausschüsse der Volkssolidarität beauftragt worden, breiteste Bevölkerungskreise für die Unterstützung der Umsiedler zu gewinnen.

Durch das Wirken der Volkssolidarität gegen die Nöte der Zeit war in der Bevölkerung eine Aufbruchsstimmung entstanden, die den Menschen vielerorts wieder Mut zum Leben machte. Und es wurde daran gegangen, die **erste Weihnacht in Frieden** zu feiern. Vor allem für die Kinder sollte es ein frohes Fest werden. In Chemnitz fanden allein am 23. Dezember

zwanzig Weihnachtsfeiern statt, die von der Volkssolidarität im engen Zusammenwirken mit Betrieben und Einrichtungen organisiert wurden.

In den Anfangsjahren stellte die Volkssolidarität die Kinderhilfe in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Als eine der vorrangigsten Aufgaben galt es, tausenden elternlos gewordenen Kindern ein neues Zuhause zu schaffen. So entstanden 1946 in Chemnitz fünf neue **Kinderheime**, die von der Volkssolidarität betreut wurden. Um die Kinder weg von den Trümmern der zerstörten Städte zu holen, startete

die Volkssolidarität eine Aktion zur **Kinderlandverschickung**. Bei mehrwöchigen Aufenthalten auf dem Land konnten sich 630 Chemnitzer Kinder von den Schrecken des Krieges und der Nachkriegszeit erholen. Die Volkssolidarität richtete außerdem 35 Kindergärten in der Stadt ein, half bei der Vermittlung von Pflegeeltern, der Rückführung von während des Krieges evakuierten Kindern und bei der Suche nach Angehörigen. Im Januar 1946 konnte außerdem eine Großküche eröffnet und mit der Kinder- sowie Altenspeisung begonnen werden. Im Juni desselben Jahres wurde das Schullandheim „Neue drei Brüder“ eröffnet (Vgl. Aufstellung über Heime der Stadt Chemnitz vom 26.10.1946).

Der überaus kalte Winter 1946/47 brachte besonders für alte, alleinstehende und nur notdürftig untergebrachte Menschen zusätzlich große Beschwerlichkeiten. Oft hatten sie keine intakten Behausungen und Heizmöglichkeiten oder es fehlte an Brennstoff. So wurden in Chemnitz **Wärmestuben** eingerichtet, in welchen sich die Menschen aufhalten konnten und durch die Helfer der Volkssolidarität betreut wurden. Durch die Unterstützung von Bergarbeitern, welche Anteile ihrer Deputatkohle abgaben, waren im Winter 1946/47 in Chemnitz 34 Wärmestuben der Volkssolidarität geöffnet.

Am 15. Januar 1947 wurde auf Beschluss der Arbeitstagung vom Oktober 1946 eine **Tauschzentrale** im Kaufhaus „Merkur“ (Schocken) eröffnet. Hier konnten Gegenstände durch andere eingetauscht werden, womit auch ein Beitrag zur Bekämpfung des Schwarzhandels geleistet wurde. Der Verbleib und die Verteilung der Warenüberschüsse wurden durch den Kreis Ausschuss der Volkssolidarität verantwortet, geregelt und wöchentlich an soziale Einrichtungen oder an die bedürftige Bevölke-



Weihnachtsfeier für Kinder

Das Polizeipräsidium Chemnitz hatte sich für Weihnachten 1945 etwas Besonderes ausgedacht. Helga Schüttler arbeitete damals in der Abteilung Weibliche Verkehrspolizei. Sie erzählt: „Auf Initiative meiner Freundin Lena Blumberg, ebenfalls Polizistin, und deren Mutter, Liddy Ebersberger, organisierten wir eine Weihnachtsfeier. Etwa 150 Kinder aller Altersgruppen warteten auf dem Schlossberg auf uns. Wir wollten mit ihnen gemeinsam in das Polizeipräsidium ziehen. Es sollte auch eine kleine Demonstration sein für das aktive Wir-

ken der erst kürzlich gegründeten Volkssolidarität. Deshalb trugen die Kinder auch Schilder, die darauf hinwiesen. Im Polizeipräsidium gab es erst einmal eine warme Mahlzeit. Dann wurde gesungen, Gedichte wurden aufgesagt, und es wurde musiziert. Und natürlich warteten die Kinder aufgeregt auf den Weihnachtsmann. Als der dann Nüsse verteilte, strahlten die Kinderaugen. Ich glaube, wir haben mit dieser kleinen Feier doch Freude bereitet, wenn auch nur für ein paar Stunden, in dieser trostlosen Nachkriegszeit.“



VOLKSSOLIDARITÄT CHEMNITZ
— Tauschzentrale —

94

Tauschbedingungen

Abteilung A: Bedingter Tausch.

Eine Ware soll gegen eine bestimmte Ware getauscht werden. Einmalige Gebühr RM 2.— (bei Werten über RM 60.—, RM 4.—). Dafür wird der Tauschgegenstand zwei Monate zum Tausch angeboten.

Kommt der Tausch in dieser Zeit nicht zustande, kann der Kunde seinen Gegenstand wieder mitnehmen oder der Abteilung B anbieten, bzw. gegen eine Gebühr von RM 2.— den Tausch auf weitere zwei Monate in der Abteilung A verlängern.

Der Kunde erhält einen Hinterlegungsschein.

Abteilung B: Freier Tausch.

Der Tauschkunde stellt seinen Gegenstand der Tauschzentrale zur Verfügung.

Über den geschätzten Wert, abzüglich 10 Prozent Vermittlungsgebühr (mindestens RM 1.—), erhält der Kunde einen Warengutschein.

Mit diesem Gutschein kann innerhalb von sechs Monaten ein in der Abteilung B ausgestellter Gegenstand nach Wunsch erworben werden. Die Entnahme soll normalen Bedarf entsprechen.

Findet ein Tauschkunde Waren, die den Wert seines Gutscheines übersteigen, so können auch diese erworben werden durch Abgabe weiterer Tauschgegenstände.

Differenzbeträge werden in Höhe bis zu 20 Prozent ausbezahlt.

Eine Gewähr für das Zustandekommen des Tausches kann nicht übernommen werden. Es bleibt im Ermessen der Tauschzentrale, welche Gegenstände nicht angenommen werden. Bei Verlust von Tauschgutscheinen wird kein Ersatz geleistet.

Sämtliche Gutscheine verfallen nach sechs Monaten.

Elektrische Geräte werden bei der Ausgabe geprüft. Reklamationen können nach abgeschlossenem Tausch nicht berücksichtigt werden.

Für nicht sofort feststellbare Mängel an Gegenständen haftet der Einlieferer dieser.

Erinnerungen an die Tauschzentrale in Chemnitz

Isolde Lehnert arbeitete in der Chemnitzer Tauschzentrale und erinnert sich: „Es gab mehrere Abteilungen. Ich arbeitete in der Bezirksverteilungsstelle für Ausländer. Leute, die Verwandte im Ausland hatten, erhielten gegen einen Gutschein Waren. Die Gutscheine wurden von den Angehörigen, zum Beispiel in den USA, gekauft. Die Lebensmittel mussten für unsere Zentrale aus Leipzig geholt werden. Wir fuhren mit

einem klapprigen LKW, irgendwie sind wir aber immer wieder in Chemnitz angekommen. Die Lebensmittel, wie zum Beispiel Spaghetti, Kakao, Honig, Schmalz, wurden von der Schweiz nach Leipzig oder Berlin geliefert.“

In einer anderen Abteilung arbeitete Ursula Fischer ab November 1948 bis zur Auflösung der Einrichtung. Sie erinnert sich, dass vorwiegend die Landbevöl-

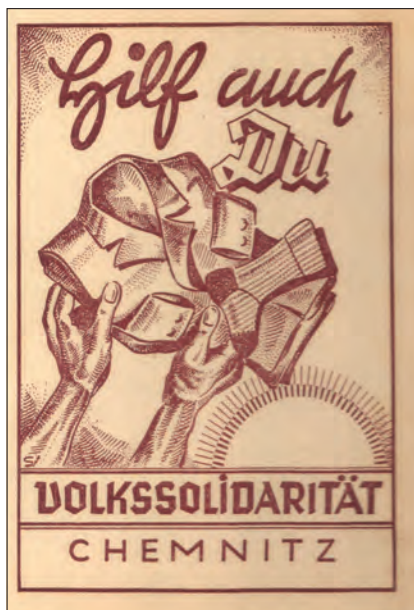
kerung die Tauschzentrale aufsuchte: „Das lag wahrscheinlich daran, dass noch viele kleine Fabriken in den umliegenden Dörfern existierten und die Menschen noch übrige Sachen liegen hatten. Sehr oft wurden daher Strümpfe angeboten. Bei uns war jeden Tag ziemlicher Andrang. Nicht jeder Tausch konnte allerdings auch durchgeführt werden. Wir achteten schon auf Qualität der angebotenen Waren.“

kerung verteilt. Innerhalb des Zeitraumes von der Eröffnung bis zum Oktober 1948 wurden etwa 350.000 Kunden bedient. Um weiteren Kreisausschüssen die Möglichkeit zu geben, ebenfalls Tauschzentralen zu eröffnen, stellte der Kreisausschuss der Volkssolidarität Chemnitz anderen Gemeinden, wie beispielsweise Rochlitz, Meißen und Schwerin, Waren zur Eröffnung zur Verfügung. Im Herbst 1949 wurde die Tauschzentrale in Chemnitz aufgelöst. Die sich ausbreitende Handelsorganisation (HO) und neueröffnete Geschäfte übernahmen die Versorgung der Bevölkerung.

Gemeinsam mit der Inneren Mission und der Caritas wurde in Chemnitz ein **Bahnhofsdienst** eingerichtet. Betreut wurden sowohl Heimkehrer, Kinder, Einzelreisende, Alte und körperlich behinderte Menschen. Neben Erste-Hilfe-Maßnahmen wurden Suppen und Getränke sowie Übernachtungsmöglichkeiten bereitgestellt. Im Sommer 1948 ist der Bahnhofsdienst an die soziale Verwaltung der Stadt Chemnitz übergegangen. (Vgl. Protokoll der Kreisausschusssitzung vom 29.07.1948)

Nach dem Vorbild der Stadt Chemnitz wurden in vielen Regionen freiwillige Arbeitseinsätze

organisiert, um bei der **Trümmerbeseitigung** sowie dem **Neuaufbau** zu helfen (Vgl. Mitteilungsblatt für alle Aktivisten der Volkssolidarität Nr. 1 und 2 1946). Die Solidaritätskolonne bestand aus zahlreichen freiwilligen Helfern. Ziel war es, den Wiederaufbau und die Linderung der Not in der Bevölkerung voran zu treiben. Bereits 1946 organisierten sich erste Kolonnen von Bauarbeitern aus der Stadt. In freiwilligen Landeinsätzen halfen sie bei der Frühjahrsbestellung aller Felder und beteiligten sich bei der Instantsetzung reparaturbedürftiger Geräte und Maschinen. 1947 rückte die Kolonne aus, um



in Alt-Tucheband im Oderbruch Hochwasseropfern zu helfen. 1948 wurde ein Wohnhaus in Einsiedel errichtet. Dieses Haus der Volkssolidarität zeugt heute noch als Mahnmal an die Geschehnisse der Nachkriegszeit. Schließlich half die Chemnitzer Solidaritätskolonne noch bei dem Bau eines Neubauernhofes in Ebersdorf.

Die Volkssolidarität Chemnitz organisierte in den Nachkriegsjahren unter anderem noch folgende

Spenden- und Hilfsaktionen:

- Essensausgabe an alte Menschen auf dem Grundstück der ehemaligen Aktienspinnerei am Schillerplatz in Chemnitz (2000 Portionen täglich) (Vgl. Sächsische Volkszeitung Nr. 49 vom 28.02.1946)

- 1. Tag der Volkssolidarität am 11. April 1946 mit einer Großkundgebung auf dem Theaterplatz

- Übergabe von 20.000 RM an die zu 78% zerstörte Gemeinde Erfenschlag

- Sammel-Aktion für Nägel unter dem Motto „Wir brauchen Deine Nägel“

- Schaffung von 15 Nähstuben, 15 Schuhmacherwerkstätten, 3 Waschküchen und 15 Lehrlingswerkstätten

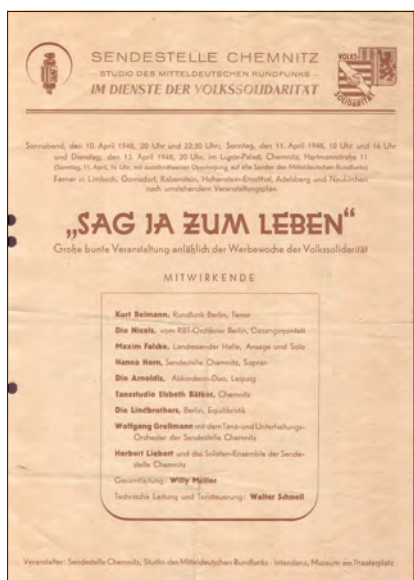
- Betreuung von werdenden und stillenden Müttern, von Tbc-Kranken, Schwerbeschädigten und Blinden

- Ausbau der ehemaligen DKW-Werke in Zwickau zu Fachausbildungsstätten für 1000 Jugendliche

- Abgabe von Medikamenten (Insulin, Penicillin, Lebertran) an das Gesundheitsamt

Damit der Gedanke der Volkssolidarität in der Öffentlichkeit verbreitet und besondere Solidaritätsaktionen bekannt gegeben werden konnten, ist in den Anfangsjahren eine umfassende Werbung notwendig gewesen. Bereits 1946 wurden auf der Arbeitstagung in Leipzig dafür Beschlüsse vor-

gelegt. Als Werbeträger wurden unter anderem Plakate, Transparente, Postkarten, Handzettel, Broschüren, Diapositive, Werbestreifen und Veranstaltungen eingesetzt. Zusätzlich wurde die Publikation eines monatlichen Mitteilungsblattes der Volkssolidarität beschlossen. (Vgl. Manuskript Arbeitstagung der Volkssolidarität 1.-3. Oktober 1946. Beschlüsse der Kommission, S.7f.) Dieses wurde im Februar 1948 erstmals durch den Kreisausschuss Chemnitz herausgegeben. In einer Grußadresse des Oberbürgermeisters Müller heißt es: „Der Initiative der Volkssolidarität im Kreis Chemnitz ist es zu verdanken, dass größte Not unserer Bevölkerung merklich gelindert werden konnte. Die Volkssolidarität hat bewiesen, dass sie nicht nur eine Spenden verteilende Organisation ist, sondern dass sie durch ihre wohltuende Tätigkeit zu einer Bewegung wurde, die den solidarischen Gedanken der gegenseitigen Hilfe stark im Volke verwurzelt hat. Ich begrüße es deshalb, wenn der Kreisausschuss Chemnitz der Volkssolidarität mit dieser Zeitung an die Öffentlichkeit tritt, um die Idee der alles verbindenden Volkssolidarität weiter im Volke zu verankern und allen Helfern und Mitgliedern für ihre Tätigkeit die nötige Anleitung zu geben.“



Erinnerung an eine Nähstube

Elfriede Brückner half in einer Nähstube: „Dort wurden aus alten Sachen, die zertrennt wurden, vor allem Kinderkleidung angefertigt. Aus Sachen, die man dazu nicht mehr verwenden konnte, wurden Streifen geschnitten und zu Zöpfen geflochten, die dann auf selbst gefertigte Pantoffel genäht wurden.“

Die Volkssolidarität in der DDR

Mit der Überwindung der Nachkriegsnot veränderten sich in den 50er Jahren die Aufgaben und Strukturen der Volkssolidarität. Die gesamte Organisation wurde im Verlauf des Jahres 1949 vereinheitlicht und zentralisiert. Im Oktober gab sich der Zentralausschuss ein neues Statut und wurde unter dem Namen „Gemeinschaft Volkssolidarität in der Deutschen Demokratischen Republik“ als gemeinnützige Organisation in das Vereinsregister eingetragen. (Vgl. Braun 1993, 793ff.) Im Mai 1950 wurde zudem ein einheitliches Symbol geschaffen, welches bis auf eine geänderte Kreisbeschriftung bis heute Bestand hat.

Nach der Gründung der DDR wurde die Volks- und Bürgerbewegung Volkssolidarität zu einer Massenorganisation umgestaltet, die sich aufgrund von Beschlüssen der staatstragenden Partei SED auf die umfassende Betreuung von Bürgern im höheren Lebensalter konzentriert. Die durch diese Entwicklung zunehmend entstehende Kluft zwischen den Interessen der Basis der Volkssolidarität und den Erwartungen der SED an die Verbandsführung führten zu heftigen internen Diskussionen über die Existenzberechtigung des Verbandes. Es kam zu einer Stagnation in der Entwicklung und zu einem Bedeutungsverlust bis Ende der 50er Jahre. Überlegungen, die Volkssolidarität aufzulösen, wurden jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen kam es zu einer Umstrukturierung der Organisation (Angerhausen 2004: 126). Anfang 1950 verließen die Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche die Gemeinschaft der Volkssolidarität, was dem gewünschten Zurückdrängen des kirchlichen Einflusses aus der politischen Sphäre der DDR entsprach. Per Gesetz wurden im Juli 1952 die Länderverwaltungen aufgelöst und 15 Bezirke geschaffen. Entsprechend der jetzt

bestehenden örtlichen Organe wurde die Volkssolidarität neu gegliedert. Es entstanden 19 Bezirksausschüsse und 87 Kreisausschüsse. Die Mitglieder der Volkssolidarität wurden ab 1956 in Ortsgruppen organisiert, welche von Ortsausschüssen geleitet wurden. Deren Aufgaben bestanden hauptsächlich darin, ein eigenständiges Arbeitsprogramm zu erstellen und die Volkshelfer anzuleiten. (Vgl. Volkshelfer November 1964)

Neben den Zentralisierungsbemühungen kam es auch zu einer Abgabe verschiedener Tätigkeitsbereiche an das staatliche Gesundheits- und Sozialwesen. So wurden 1951 durch einen Beschluss der Regierung schrittweise Kinder- und Altenheime, Werkstätten, Bahnhofsdienste und weitere Einrichtungen der Volkssolidarität an andere Träger übergeben. Andere, wie die Tauschzentrale, wurden aufgrund der Überwindung der Nachkriegsnot überflüssig und damit aufgelöst.

Aus Chemnitz wurde der Bezirk Karl-Marx Stadt. 1956 wurden hier 192.920 Mitglieder registriert. Aufgrund des Bedeutungsverlustes in den 50er Jahren sank die Zahl innerhalb von zwei Jahren auf 145.055 Mitglieder.

Nicht zuletzt wegen dem hohen Zuspruch auf Seiten der Bevölkerung blieb die Arbeit der Volkssolidarität weiterhin unverzichtbar. Besonders die Versorgung mit einem täglichen warmen Mittagessen gehörte weiterhin zu den Eckpunkten der Tätigkeit der Volkssolidarität. Das Essen in einem Klub, wenn nötig auch in der eigenen Wohnung, gestaltete sich für viele ältere Menschen zu einer willkommenen Hilfe. Die Menschen hatten so die Möglichkeit, mit anderen ins Gespräch zu kommen und Kon-

takte zu pflegen. Die Teilnehmerzahlen stiegen stetig an. Für den Transport der Mahlzeiten wurden Fahrräder, Handwagen und sogar Kinderwagen genutzt.

Nach dem Motto „Freude spenden – Leid abwenden!“ wurde bereits 1946 durch die Volkssolidarität die **Nachbarschaftshilfe** geschaffen. Vor allem bei Krankheit, Körperbehinderung und bei Arbeitsüberlastung galt die Unterstützung in der Haushaltsführung innerhalb der Nachbarschaft als große Hilfe. Dazu gehörten die Besorgung von Einkäufen, die Verhandlungen mit Amtsstellen sowie die Betreuung von Kranken und Kindern. Im September 1952 wurde im Zentralausschuss der Volkssolidarität beschlossen, dass aus der freiwilligen und unbezahlten Nachbarschaftshilfe die **Hauswirtschaftspflege** als bezahlte Tätigkeit entstehen soll. Die Pflegerinnen in Karl-Marx-Stadt waren in Brigaden zusammengefasst. 1966 wird die Hauswirtschaftspflege laut einer Richtlinie des Zentralausschusses zur erstrangigen Aufgabe der Volkssolidarität. Um die Arbeit zu koordinieren, wurden seitdem hilfsbedürftige Menschen in einer Kartei erfasst, damit deren Betreuung besser gesichert und organisiert werden kann. Zur Nachahmung gedacht war die gebildete Arbeitsgemeinschaft der Volkssolidarität im Bezirk Karl-Marx-Stadt, welche den Stadtverordneten ein komplexes Programm zur Betreuung älterer Bürger vorge schlagen hat. Der Bezirk war Vorreiter in diesem Gebiet. In 15 Punkten wurden alle Maßnahmen zur Erfassung und ständigen Betreuung älterer Bürger, zu ihrer umfassenden Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben und zur konzentrierten Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten in Feierabend- und Pflegeheimen fest-

gelegt. (Vgl. Volkshelfer Oktober 1970)

Ab 1969 wurden vom Sekretariat des Zentralkomitees regelmäßig Lehrbriefe zur Qualifizierung der Mitarbeiter im Bereich soziale und pflegerische Betreuung herausgegeben. Diese monatlich erscheinenden Lehrbriefe sollten die Mitarbeiter bei der Betreuung unterstützen und sie über Neuerungen informieren. Im Juni 1977 wurden 22 Hauswirtschaftspflegerinnen als erste Brigade in Karl-Marx-Stadt mit dem Titel „Brigade für hervorragende Solidaritätsarbeit“ ausgezeichnet und erhielten eine materielle Anerkennung sowie die Wanderfahne der Volkssolidarität.

Auf der III. Zentralen Delegiertenkonferenz in Berlin wurde ein umfangreiches Programm zur Betreuung älterer Bürger beschlossen. Um an alte Traditionen anzuknüpfen, entstand 1956 der erste



Der erste Klub in Karl-Marx-Stadt an der Limbacher Straße (Foto aus den 90er Jahren)

Klub der Volkssolidarität in Halle. Karl-Marx-Stadt folgte diesem Beispiel und eröffnete 1958 auf der Limbacher Straße 138 in einem

leerstehenden, zweistöckigen Haus den ersten Klub der Stadt. Es wurden vielfältige Angebote bereitgestellt und auch der warme Mittags-



Hauswirtschaftspflege in der Praxis

Wie die tägliche Arbeit in der Hauswirtschaftspflege aussah, schildert Edeltraud Reimann, Brigadeleiterin in Karl-Marx-Stadt von 1977 bis 1990: „Als ich 1977 die Arbeit als Brigadeleiterin begann, gehörten 15 Frauen zu meiner Brigade, eigentlich viel zu wenige, um die etwa 50 hilfsbedürftigen Bürger in unserem Gebiet zu betreuen. Dass es nicht genug Hauswirtschaftlerinnen zu diesem Zeitpunkt in der DDR gab, lag sicher mit daran, dass dieser Beruf zu den schlechtbezahltesten gehörte. Die älteren Menschen, die wir betreuten, waren krank, behindert oder konnten altersbedingt ihre Hausarbeit nicht mehr selbst verrichten. Wir hatten aber auch alte Leutchen dabei, die eigentlich schon in ein Pflegeheim gehörten, weil sie rund um

die Uhr betreut werden mussten. Wir engagierten uns sehr, arbeiteten eng mit den Fürsorgerinnen des Stadtbezirkes zusammen, um einen Heimplatz für solche Menschen zu bekommen. Ab 1987 wurde uns die Arbeit etwas erleichtert, was die Organisation betraf. Wir konnten von da an Räumlichkeiten des Klubs der Volkssolidarität in der Bergstraße nutzen und hatten jetzt einen Anlaufpunkt für die Betreuerinnen, und auch für die zu Betreuenden war immer ein Ansprechpartner erreichbar. Unsere Brigade beteiligte sich natürlich am Wettbewerb. Ausgewertet wurde dabei nicht nur unsere tägliche Arbeit, sondern die Mitgliederwerbung, das Verkaufen von Soli-Marken und das Führen eines Brigadetagebuches gehörten auch dazu.“

tisch wurde gern angenommen. Die Gründung einer Veteranenakademie stellte in dieser Zeit ein Novum dar. Hier ging es um Themen wie den Umgang mit Lebensmitteln, die Pflege und Haltung von Heimtieren, gesunde Ernährung und auch um die Vorbeugung von Alterskrankheiten. Jedes Jahr wurden am 24. Dezember für Alleinstehende, Betagte und hilfebedürftige Bürger Weihnachtsfeiern mit Kaffee und Kuchen, Abendessen und einem Kulturprogramm durchgeführt. Bis 1960 wurden in Karl-Marx-Stadt noch drei weitere Klubs der Volkssolidarität geschaffen, unter anderem auf der Zieschestraße und der Bergstraße. 1979 wurde im Klub auf der Horst-Menzel-Straße ein Traditionszimmer eingerichtet, welches vor allem für Pionier- bzw. FDJ-Veranstaltungen genutzt wurde. Im März 1979 gründete die Klubleiterin den ersten Chor der Volkssolidarität. Dem Beispiel folgten bald weitere und bis Mitte der 80er Jahre gab es schon mehr als 30 Chöre und Singgruppen der Volkssolidarität im Bezirk. Höhepunkte für Chöre war jedes Jahr das Chortreffen in der Zwickauer „Neuen Welt“ und das Treffen zu Ehren der Volkshelfer in der Stadthalle Karl-Marx-Stadt. Partnerbeziehungen zwischen den Klubs der Volkssolidarität und Betrieben, LPGs, Schulen, der Volks-

polizei und Kindergärten trugen zur Bereicherung des Klublebens bei. Kultur- und Singgruppen der FDJ und Pionierorganisation traten regelmäßig auf. Schulklassen gestalteten Nachmittage oder halfen bei der Ausgestaltung von Feierlichkeiten. Der Patenbetrieb des Klubs auf der Horst-Menzel-Straße war das Centrum-Warenhaus. Die Modenschauen für ältere Bürger mit anschließender Verkaufsmesse waren besonders gern besuchte Veranstaltungen im Klub.

Eine der wichtigsten Rollen innerhalb der Volkssolidarität übernahmen die ehrenamtlich arbeitenden **Volkshelfer**. Der Volkshelfer war seit jeher das wichtigste Bindeglied zwischen dem Verein und bedürftigen Personen. Er war persönlicher Ansprechpartner vor Ort, Helfer, Ratgeber, Kamerad und Freund. Später wurde ihm zur ersten Aufgabe gemacht, die Mitgliedsbeiträge zu kassieren und politisch-ideologische Arbeit mit den Mitgliedern der Volkssolidarität durchzuführen. Mit der regelmäßigen Beitragskassierung wurde auch die Listensammlung eingeführt. Ein- oder zweimal jährlich waren die freiwilligen Helfer unterwegs, um zusätzliche Geldspenden sowohl von Mitgliedern als auch von der übrigen Bevölkerung zu sammeln. Unterstützung erhielt die Volkssolidarität

dabei vor allem von den Betrieben und öffentlichen Einrichtungen.

Durch die zahlreichen sozialen Betreuungsmöglichkeiten gewann die Volkssolidarität wieder an Ansehen. Von Bedeutung war dabei der im Mai 1969 beschlossene Ministerratsbeschluss zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der älteren Bürger. In Karl-Marx-Stadt wurde daraufhin unter der Leitung des Oberbürgermeisters eine Arbeitsgemeinschaft, der auch Vertreter der Volkssolidarität angehörten, gebildet. Diese erarbeitete ein komplexes Programm zur Betreuung älterer Bürger. In 15 Punkten legte man alle Maßnahmen zur Erfassung und ständigen Betreuung fest. Unter dem Motto **„Tätigsein – Geselligkeit – Fürsorge“** organisierte die Volkssolidarität weiterhin Hilfe zur Selbsthilfe und trug damit verstärkt zu einem Generationenaustausch bei. Es entwickelte sich eine tätige Solidarität und kameradschaftliche Hilfe zwischen der Jugend und den älteren Bürgern. Ältere Menschen halfen beispielsweise bei der Instandhaltung von Wohnungen, der Nachbarschaftshilfe oder der Kinderbetreuung. Im Rahmen der **Timurbewegung** (benannt nach dem Romanhelden des sowjetischen Jugendschriftstellers Arkadi Petrowitsch Gaidar in „Timur und sein

Der Klub in der Zieschestraße entsteht

Elvira Oschatz, die damalige Klubleiterin des Klubs an der Zieschestraße, erinnert: „Bevor das Klubleben stattfinden konnte, musste erst einmal gearbeitet werden. Für den Klub in der Zieschestraße hatte die Volkssolidarität eine ehemalige Gaststätte angemietet. Bei der ersten Besichtigung boten uns, dem Stadtsekretär Johannes Lehnert, dem Kreisvorsitzenden Willi Koch und mir, die

Räume erst mal keinen reizenden Anblick. Es musste viel getan werden. Die elektrische Instandsetzung übernahm ein ehemaliger Betriebselektriker, Werner Kassubeck, für die malermäßige Ausgestaltung wurde eine Firma gewonnen. Alle arbeiteten freiwillig und kostenlos. Den stark abgenutzten und verschmutzten Parkettfußboden wollten wir aber selber reinigen. Stahlspäne sollten

sich dafür besonders gut eignen. Wir besorgten die von einem metallverarbeitenden Betrieb an der Augustusburger Straße, Handwagenladungen voll holten wir die Späne ab. Auf den Knien und mit dicken Arbeitshandschuhen schrubbten wir den Fußboden mit den Spänen, Parkettriemen für Parkettriemen, drei Wochen lang, Tag für Tag. Aber die Mühe hat sich gelohnt.“



oben: Anstecker der Timurbewegung

rechts: URANIA-Vortrag im Veteranenklub Bergstraße in Chemnitz



Trupp“, der sich zusammen mit anderen Jugendlichen der Hilfe für hilfsbedürftige Menschen verpflichtet) haben Kinder und Jugendliche insbesondere in der kalten Jahreszeit älteren Bürgern beim Beheizen der Wohnungen Unterstützung geleistet, gingen für die hochbetagten Bürger einkaufen und erledigten weitere Besorgungen.

Durch diese neuen Chancen bekam der Verein einen erneuten Zuwachs. Im Oktober 1970 zählte beispielsweise der Bezirk Karl-Marx-Stadt 253.000 Mitglieder. In Treffpunkten und Klubs förderte die Volkssolidarität auch das geistig-kulturelle Leben der Senioren. In der Bezirksstadt wurde viel getan, um den Rentnern und Veteranen den Alltag bunter zu gestalten. Zirkel, musikalische Nachmittage und Geburtstagsfeiern des Monats fanden weiterhin hohen Zuspruch.

1974 schlossen der Bezirksausschuss der Volkssolidarität Karl-Marx-Stadt und die Bezirksleitung der FDJ eine Arbeitsvereinbarung ab. Auf deren Grundlage sollte sich die als bisher gut eingeschätzte Zusammenarbeit weiter festigen. Mitglieder des Ju-

gendverbandes arbeiteten jetzt im Bezirksausschuss und im Sekretariat mit und fungierten hauptsächlich als Verbindungsglied, wenn es darum ging, **Veteranen** für Veranstaltungen in Jugendklubs oder Schulen zu gewinnen. Besonders zu Pioniernachmittagen oder FDJ-Lehrjahren wurden gern Rentner als Gesprächspartner eingeladen. 1969 existierten innerhalb des Bezirkes 35 Veteranenclubs. Die Ortsgruppen organisierten über 2.000 kulturelle Veranstaltungen, wie Kaffeenachmittage, Weihnachtsfeiern etc., bei denen über 160.300 ältere Leute zugegen waren (Vgl. Freie Presse 25.11.1969). Auch gemeinsame Brigadeinsätze zur besseren Versorgung von Hilfebedürftigen, wie die Einrichtung von Wärmestuben oder kostenlose, kulturelle Betreuungen, wurden regelmäßig durchgeführt (Vgl. Volkshelfer 1964).

Im Fürsorge-Bereich waren vor allem die ambulante Pflege hilfsbedürftiger älterer Personen und deren Versorgung mit Mahlzeiten wichtig. Täglich wurden über 4.800 Rentner durch die Volkssolidarität mit Mittagessen versorgt. Während 1972 in Karl-Marx-

Stadt 952 Portionen ausgegeben wurden, stieg die Anzahl 1981 auf 3.863 Portionen und 1986 auf 5.233. Oft reichten die Kapazitäten nicht aus, sodass die Senioren das Essen im Wechsel in Anspruch nahmen. In den drei Stadtbezirken standen 1981 864 Hauswirtschaftspflegerinnen hilfsbedürftigen Älteren zur Seite. Sie pflegten Kranke und Behinderte und hielten ihnen die Wohnung in Ordnung (Vgl. Neues Deutschland 18.03.1980; Volkshelfer Januar 1981).

Anlässlich des 40. Jahrestages wurde der Bezirk Karl-Marx-Stadt der Volkssolidarität 1985 mit dem vaterländischen Verdienstorden in Gold geehrt. Im Berliner Staatsrat nahmen der Bezirkssekretär der Volkssolidarität Karl-Marx-Stadt, Werner Nestler, und der Vorsitzende des Stadtausschusses der Volkssolidarität Karl-Marx-Stadt, Werner Hoppe, die Auszeichnung entgegen.

Die Volkssolidarität ab 1989

Die Ende 1989 einsetzenden Stürme der Wendezeit gingen auch an der Volkssolidarität nicht spurlos vorüber. Die politischen Entwicklungen bis April 1990 entsprachen einer Phase großer Unsicherheit, hektischer Betriebsamkeit und ständiger Versuche, die aktuellen Entwicklungen zu beobachten und Schlussfolgerungen zu ziehen. Überall lösten sich Teile der Volkssolidarität auf, Mitglieder zahlten keine Beiträge mehr und langjährig schwellende Missstände und Konflikte traten zutage. Auf Grund schlechter Bezahlung und mangelnder Anerkennung verlor die Volkssolidarität bis Ende 1989 beispielsweise rund 1.500 Hauswirtschafterinnen. (Vgl. Angerhausen 2004, 143)

In Angesicht des drohenden Zerfalls wurde über Formen und Möglichkeiten des Fortbestandes diskutiert. Im November 1989 wurde bei einer Arbeitsberatung zwischen Bezirkssekretären, dem Hauptsekretariat und den Mitarbeitern des Zentralausschusses beschlossen, dass sich die Volkssolidarität von Staat und Partei distanziert, zugleich aber eine konstruktive Zusammenarbeit mit den staatlichen Organen anstrebt. Außerdem wurde ein Mitspracherecht in allen Volksvertretungen gefordert. Am 11. Dezember 1989 wurde auf der 6. Tagung des Zentralausschusses bestätigt, dass die Volkssolidarität als unabhängige Organisation weiterarbeiten wird. (Vgl. Angerhausen 2004, 145f.)

In der Arbeit des Vereins begannen sich nun aber wesentliche Wandlungen zu vollziehen. Das alte Arbeitsprogramm und große Teile der alten Satzung wurden bereits Ende 1989 außer Kraft gesetzt. Zugleich wurden erste personelle Änderungen wirksam. Im Mai 1990 fand in Berlin die letzte Sitzung des Zentralausschusses statt. Auf dieser Beratung wurde eine Satzung

auf Grundlage des Vereinsrechts der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Die neue herausgegebene Orientierung an die Verbände in den Städten und Kreisen führte aufgrund von Unwissenheit zu Sprachlosigkeit in den Leitungen.

Mit der deutschen Vereinigung entstand in den neuen Bundesländern eine Vielzahl an kommerziellen und gemeinnützigen Anbietern sozialer Dienste. Mit der sich nun etablierenden Marktwirtschaft verlor die Volkssolidarität ihren Status als Monopolorganisation im Bereich Hauswirtschaftspflege, der Essenversorgung und der Altenklubs. (Vgl. Angerhausen 2004, 168) Vollerorts wurden unter erhöhtem Druck fachliche Kompetenzen und politische Integrität angezweifelt.

Dank der Leistungen vieler ehrenamtlich und hauptamtlich Tätiger war es für den Verband ab 1990 möglich, in verhältnismäßig kurzer Zeit sein inhaltliches und organisatorisches Profil zu ändern. Der Verband vollzog diesen tiefgehenden und konfliktreichen Veränderungsprozess ohne seine traditionellen und DDR-spezifischen Wurzeln in der praktischen Sozial- und Kulturarbeit vor Ort zu verleugnen. Er steht seitdem vor der Aufgabe, Traditionen und weitere notwendige strukturelle, inhaltliche und organisatorische Veränderungen zu einem zukunftssträchtigen Entwicklungsprozess zusammenzufassen. (Vgl. Mitteilungen für die Stadt-/ Kreisverbände, Landesverband Sachsen Dezember 1994)

Auf dem 2. Verbandstag am 28.11.1992 und der Delegiertenversammlung am 19.03.1994 wurde dann eine Bilanz der bisherigen Arbeit gezogen. Die Volkssolidarität gewann trotz erwähnter Schwierigkeiten wieder an Stabilität, nimmt von nun an einen geachteten Platz im System der freien Wohlfahrtspflege ein. Traditionen wurden be-

wahrt und fortgeführt, die gegenseitige Hilfe in der Familie und die Zuwendung unter Nachbarn, sowie das Verständnis der Generationen werden weiterhin gefördert.

Auch in Karl-Marx-Stadt verließen viele Leitungskräfte im hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bereich die Volkssolidarität, da sie für das Überleben der Organisation kaum eine Chance sahen. Andere Ortsgruppen schlossen sich enger zusammen und intensivierten ihre Arbeit, um so den Erhalt der Volkssolidarität zu sichern. Nachdem die hauptamtlichen Sekretäre der Stadtbezirke Süd und Mitte/Nord sowie des Stadtausschusses ihre Funktion niederlegten, übernahm der Sekretär des Stadtbezirksausschusses Karl-Marx-Stadt/West die Führung und koordinierte die verbleibenden Strukturen. In den Stadtbezirksverbänden wurde auch auf die Arbeit von 44 ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern zurückgegriffen. Keiner wollte sich aber als Vorsitzender an die Spitze stellen. Am 18. Juli 1990 erklärte Regina Ziegenhals ihre Bereitschaft, das Amt kommissarisch zu übernehmen.

Zur Stadtdelegiertenkonferenz am 23.11.1990 wurde der Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e.V. gegründet und eine neue Satzung beschlossen. Damit erfolgte die Umwandlung von einer zentral geleiteten Organisation in einen selbstständigen Verein mit demokratisch gewähltem Vorstand. Zur Vorsitzenden wurde am 23.11.1990 Regina Ziegenhals gewählt. Die Geschäftsstelle richtete sich in der Horst-Menzel-Straße ein. Geschäftsführer wurde Andreas Lasseck. Die Eintragung in das Vereinsregister der Stadt Chemnitz erfolgte am 04.01.1991. Im Januar 1991 erhielt der Verein vom Finanzamt die vorläufige Anerkennung

als gemeinnütziger Verein. Am 22.03.1991 erfolgte die Aufnahme als Mitglied in den Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Sachsen e.V., dessen Gründung am 11.07.1990 erfolgt war. Er vertritt die sozialpolitischen Aktivitäten und unterstützt bei der Umsetzung von Konzepten.

Seit der Delegiertenkonferenz im April 1998 hat sich der Stadtverband Chemnitz inhaltlich zum „Drei-Säulen-Modell“ des Bundesverbandes der Volkssolidarität bekannt. Dieses beschreibt den Verein sowohl als eine Einheit aus Mitgliederverband, Interessenvertretung und sozialem Dienstleister.

Sozialer Dienstleister

Nachdem sich der Verband in den 1970er und 1980er Jahren vor allem auf die kulturelle und gesundheitliche Betreuung von älteren Menschen

spezialisierte, kamen in den 90er Jahren neue Betätigungsfelder hinzu. Die Satzung des Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e.V. wurde im März 1994 im Ergebnis praktischer Erfahrungen der Wohlfahrtstätigkeit ergänzt. Spezielle Wohnformen für ältere Menschen gewannen dabei an Bedeutung. Das Leben in den eigenen vier Wänden ist für die meisten Menschen wichtig, da sie dadurch ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit weitestgehend bewahren können. Um dem gerecht zu werden, betreibt der Stadtverband seit 1997 mehrere Anlagen für **Betreutes Wohnen**. Als erste Einrichtung in Chemnitz erhielt die Wohnanlage Clausstraße 27-33 1998 das Qualitätssiegel der Stadt verliehen. Das Siegel wurde ins Leben gerufen, da es damals deutschlandweit keine definierten gesetzlichen Bestimmungen für die

Verwendung des Titels „Betreutes Wohnen“ gab.

Damit die zahlreichen Nachfragen optimal bearbeitet werden können, wurde im Juli 2002 eine Wohnberatungsstelle (jetzt „Be-



ratungsstelle für Betreutes Wohnen und Vermietung“) auf der Clausstraße 33 eröffnet, die über die Möglichkeiten im Betreuten Wohnen und über freie Wohnungen informiert und die Vermietung vornimmt.

Die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen der Nachwendzeit machten zusätzliche Hilfsangebote notwendig. Der soziale Beratungsdienst mit dem Projekt „Gemeinwesenarbeit“ hat operative Hilfe zur Verbesserung der gesellschaftlichen Eingliederung und der Altersprophylaxe geleistet. Begleitung bei Behördengängen, Krankenhausbesuche, individuelle Betreuungen von Schwerbehinderten und erblindeten Personen sowie Beratungs- und Schreibdienste wurden von einer Vielzahl von Bürgern dankend angenommen. Inzwischen können in allen Wohnanlagen **Sozialberatungen** in Anspruch genommen werden. Im Januar 2010 wurde in der Wohnanlage Limbacher Straße 69-71 zudem eine Beratungsstelle für Pflege, Soziales und Wohnen

im Alter eröffnet.

Mit Übernahme der Trägerschaft über vier **Kindertagesstätten** knüpfte die Volkssolidarität Chemnitz an die alte Tradition Kinderbetreuung aus der Anfangszeit des Verbandes an. Alternati-



1997 wurde mit dem Gebäude Clausstraße 25-33 die erste Wohnanlage für Betreutes Wohnen des Stadtverbandes eröffnet.

ve pädagogische Konzepte und der Anspruch der Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen bilden dabei die Grundlage für die Arbeit mit Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- und Integrationskindern. Aus den 1993 und 1995 übernommenen Kindertagesstätten in der Ernst-Enge-Straße und der Max-Türpe-Straße sind mittlerweile das 1. Montessori-Kinderhaus und das Montessori-Kinderhaus Pfiffikus geworden, die beide nach dem Konzept Maria Montessoris arbeiten. Getreu nach dem Motto „Hilf mir, es selbst zu tun“ orientiert sich dieses unmittelbar am Kind und an seinen individuellen Bedürfnissen. 1995 kam noch die Kindertagesstätte Sebastian-Bach-Straße hinzu, die jetzt den Namen „Sonnenbergstrolche“ trägt. 1997 folgte die Kindertagesstätte am Küchwaldring, die nach einer grundlegenden Sanierung des baufälligen Gebäudes den Namen „Glückskäfer“ trägt und eine offene Einrichtung ist. Das damit verbundene Konzept beinhaltet die tägliche, individuelle Förderung und Förderung jedes einzelnen Kindes.

Um die Tradition der kulturellen Betreuung fortzuführen, wurde mit Unterstützung der Kommune das Netz der früheren Klubs der Volkssolidarität ständig erweitert und ausgebaut. **Begegnungsräumen und Stadtteiltreffs** bieten verschiedene Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, wie sportliche Aktivitäten, Spielnachmittage, Kreativarbeiten, Tanzveranstaltungen, Sprach- und Computerkurse usw. an. Die Veranstaltungen vermitteln Gemeinschaftssinn, Zusammengehörigkeitsgefühl und Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Hauswirtschaftspflege ist eines der wenigen Tätigkeitsfelder, welches auch nach der Umstrukturierung der 50er Jahre und der Wendezeit bis heute besteht. Seit 1991 werden diese Leistungen zu-



Tanzveranstaltung in einer Begegnungsstätte

sammen mit ambulanten Pflegeleistungen und dem „Essen auf Rädern“ von den neu eröffneten **Sozialstationen** Lerchenstraße, Horst-Menzel-Straße und Schefelstraße angeboten.

Das Mitarbeiterteam der Sozialstation Lerchenstraße bestand zu Beginn beispielsweise aus zwei Krankenschwestern und sechs Hauswirtschaftspflegerinnen und betreute vier Patienten. Die Mitarbeiterinnen knüpften Kontakte mit Fürsorgern, Krankenkassen sowie Ärzten und die Patientenzahlen und die Hauswirtschaftspflege nahm bedeutend an Umfang zu, was zur Einstellung von weiterem Personal führte. Aus Platzmangel zog die Sozialstation in neue Räume auf dem Theodor-Körner-Platz 7. Gemeinsam mit der dort ebenfalls ansässigen Begegnungsstätte wurde eine Einheit gebildet. Die Einführung der Pflegeversicherung ließ die Patientenzahl weiter ansteigen, so dass 1993 erneut ein Umzug in die Augustusburgerstraße 101 erfolgte. Als 1997 die erste Anlage für Betreutes Wohnen auf der Clausstraße eröffnet wurde, fand auch die Sozialstation in deren Räumlichkeiten

ihr neues Zuhause und ist bis heute dort zu finden.

Nicht nur aufgrund eines ständig wachsenden Mitarbeiterteams musste die Sozialstation Horst-Menzel-Straße im Jahr 1998 umziehen. Zusammen mit der Stadtgeschäftsstelle und einer Begegnungsstätte ist diese in einem Gebäude untergebracht gewesen, welches ursprünglich der Heilsarmee gehörte. Nach einigen Jahren des Nebeneinanders wollte die Organisation das „Erbe ihrer Vä-



ter“ antreten und überraschte den Vorstand mit dem Beschluss, dass das gesamte Objekt der Heilsarmee zugesprochen wurde. Die Geschäftsstelle zog in die neu eröffnete Wohnanlage Clausstraße 27-33 um, Begegnungsstätte und Sozialstation in die nah gelegene neue Wohnanlage Limbacher Straße 69-71.

Mit der Eröffnung der Wohnanlage in Mittweida nahm im Jahr 1998 auch in dieser Stadt eine Sozialstation der Volkssolidarität ihren Betrieb auf.

Beginnend 2004 mit der Einrichtung in der Scheffelstraße bieten alle vier Einrichtungen des Stadtverbandes eine spezielle Betreuung für an Demenz erkrankte Menschen an.

Dem Vorbild der Alten- und Kinderspeisung der Nachkriegszeit und der Folgejahre folgend, gehört der **Mahlzeitendienst** weiterhin zu den stark nachgefragten Angeboten der Volkssolidarität. Spezielle, auf Senioren abgestimmte Menüs, werden nach Hause geliefert, können aber auch in Gemeinschaft mit anderen Menschen in den Begegnungsstätten und Stadtteiltreffs gegessen werden. Bereits 1990 wurde mit dem „Essen auf Rädern“ begonnen. Gemeinsam mit der Firma apetito konnte der Stadtverband ab 1992 den Essenteilnehmern über 100 Tiefkühlmenüs anbieten, welche einmal wöchentlich nach Hause geliefert wurden. Ein elektrisches Aufwärmgerät sowie eine Kühlbox konnten vom Mahlzeitendienst gegen eine geringe Gebühr ausgeliehen werden. Die Essensteilnehmer hatten so die Möglichkeit, sich täglich ein schmackhaftes Essen in nur wenigen Minuten selbst zuzubereiten. 1994 konnte die erste Küche des Stadtverbandes eingeweiht werden und 1999 erfolgte die Inbetriebnahme der neu erbauten Zentralküche in der Zwickauer Straße. Im Jahr 2000 erweiterte die Ein-



Der Fuhrpark der Sozialstation wuchs mit der Anzahl der Mitarbeiter stetig: Renate Hübner und ihre Kollegen mit neuen Fahrzeugen im Jahr 2001.

Schwieriger Anfang für die Sozialstationen

Renate Hübner, langjährige Leiterin der Sozialstation Limbacher Straße, erinnert sich an den schweren Anfang nach der Wende: „Es war der 14. Juli 1991 und ich war gerade am Koffer packen, da wir am nächsten Tag in den Urlaub fahren wollten. Das Telefon klingelte und ein gut gelaunter Andreas Lasseck begrüßte mich mit ‚Glück Auf, morgen geht es los! Sie sind unsere neue Leiterin der Sozialstation.‘ Nach einigem Hin und Her sagte ich meinen Urlaub ab und war am nächsten Tag pünktlich in den Räumen der Geschäftsstelle, ohne zu wissen, was mich erwarten würde. Ich wusste damals weder was eine Sozialstation ist, geschweige denn, welche Aufgaben diese hat. Ich saß in einem spärlich eingerichteten Zimmer, ohne Schwestern und vor allem ohne Patienten. Eine Arbeitsgrundlage musste geschaffen werden, fing man doch damals bei Null an. Gemeinsam mit einer Brigadierin für Hauswirtschaft, welche genau wie ich als ABM eingestellt war, suchte ich im Archiv Adressen von ehemaligen Essenteilnehmern und Personen heraus, welche schon früher Hauswirtschaft in Anspruch genommen haben. So konnten

wir erste Kontakte aufnehmen. Wir stellten unser Konzept bei Ärzten und Krankenkassen vor und bekamen am 21.07.1991 zwei Schwestern vom Arbeitsamt. Nachdem diese in der Sozialstation Lerchenstraße angelernt worden waren, konnte mit der Arbeit begonnen werden. Zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Bus fuhren die Schwestern zu den ersten Bürgern. Für die Essenverteilung bekamen wir einen Trabant und einen roten Wartburg vom Bezirksausschuss der Volkssolidarität. Oft war die Arbeit beschwerlich, doch die Mühen haben sich gelohnt. Schon kurze Zeit später konnten im Erdgeschoss der Horst-Menzel-Straße schöne Räume eingerichtet werden. Neben einem Schwesternzimmer erhielt die Sozialstation auch ein Zimmer für die Zivildienstleistenden, die Hauswirtschaftsstrecke wurde weiter ausgebaut und die häusliche Krankenpflege aufgebaut.

Mit dem Umzug in die neuen hellen Räumlichkeiten auf der Limbacher Straße 69-71 am Fuße des Kaßberges ist das Arbeiten sehr viel angenehmer geworden. Die Sozialstation wurde hier in ein Betreutes Wohnen des Stadtverbandes integriert.“



Grundsteinlegung für das Seniorenpflegeheim „An der Mozartstraße“ im Oktober 1998: Geschäftsführer Andreas Lasseck, der damalige Sozialdezernent Peter Fittig und die Vorsitzende Regina Ziegenhals (v.l.n.r.)

richtung ihr Angebot und bietet seitdem einen Partyservice an. Seit 2004 ist die Essensbestellung zentralisiert.

Der Reisefreudigkeit der Senioren konnte durch die Gründung der VUR - Volkssolidarität Urlaub und Reisen GmbH im November 1993 entgegengekommen werden. Die Reiseprogramme wurden den spezifischen Bedürfnissen der Senioren angepasst. 1997 wurde die VUR als VUR Sachsen GmbH neu gegründet. 2001 erfolgte der Umzug von der Clausstraße in das neue **Reisebüro am Rosenhof** im Stadtzentrum. Inzwischen wurde das Angebot erweitert. Einmal im Jahr wird ein Reisekatalog mit verschiedenen Flug- und Busreisen

sowie ein Adventsfahrtenkatalog herausgegeben. Beliebtes Ausflugsziel ist das alljährlich stattfindende Sommer- und Herbsttreffen der Volkssolidarität, welches an ausgewählten Orten in ganz Deutschland stattfindet.

Im November 1993 wurde die Trägerschaft eines **Kriseninterventionszentrums** übernommen. Dieses wurde zum festen Bestandteil des psychosozialen Versorgungsnetzes der Stadt Chemnitz und auch darüber hinaus. Die Einrichtung bot Hilfe für Menschen in Notsituationen (u.a. bei psychosozialen Problemen wie Alltagsorgen, Arbeitslosigkeit, Partnerproblemen, Vereinsamung, Trauerbewältigung, Wohnungs-

problemen, Schulden etc.), bei psychischen Erkrankungen sowie zur geschlechtstherapeutischen Begleitung bei körperlichen Erkrankungen wie Krebs und nach Unfällen. Trotz eines hohen Bedarfs musste Ende 2003 das Kriseninterventionszentrum aufgrund von wegfallenden Fördermitteln geschlossen werden.

Im Mai 1994 übernahm der Stadtverband das Alten- und Pflegeheim an der Mozartstraße in die Trägerschaft und bietet seitdem auch **stationäre Pflege** an. Zwei 1956 gebaute Häuser wurden schon seit den 60er Jahren als kommunales Altenheim genutzt. Auf dem 10.000 Quadratmeter großen Gelände begann im September 1998 der Neubau eines modernen, zeitgemäßen Pflegeheims. 1999 erfolgte der Umzug in den Neubau. Im Mai 2000 wurde die EURO-Plus-Senioren-Betreuung GmbH gegründet. Gemeinsam mit regional ansässigen Stadt-, Kreis- und Regionalverbänden der Volkssolidarität plant und betreibt das Tochterunternehmen des Stadtverbandes Seniorenpflegeheime. Im August 2001 nahm die Seniorenresidenz „Villa von Einsidel“ in Flöha ihren Betrieb auf. 2003 folgte die Eröffnung des Seniorenpflegeheims „An der Burgstädter Straße“ in Mittweida als Ergänzung zur bereits bestehende Wohnanlage für Betreutes Wohnen des Chemnitzer Stadtverbandes mit Sozialstation und Begegnungsstätte zu einem Sozialstützpunkt. 2004 erfolgte die Übernahme eines Heims in Hohenstein-Ernstthal. Es ist durch einen Neubau erweitert worden, der 2005 unter dem Namen Parkresidenz in Betrieb genommen wurde. In den kommenden Jahren kamen noch die Seniorenresidenz „An der Rädelsstraße“ in Plauen (2007), die Seniorenresidenz „Rosengarten“ in Radebeul (2008) und das Seniorenzentrum Bergkristall in Freiberg (2009) hinzu.



Die 2001 eröffnete Seniorenresidenz „Villa von Einsidel“ in Flöha ist das erste von der EURO Plus Senioren-Betreuung GmbH betriebene Pflegeheim.



Hausnotrufgerät mit Handsender

Um den Menschen in den eigenen vier Wänden noch mehr Sicherheit bieten zu können, nahm im Mai 1997 in Form des Tochterunternehmens VHN GmbH der **Hausnotruf** der Volkssolidarität seine Arbeit auf. Mit einem Handsender, nicht größer als eine Armbanduhr, können per Knopfdruck Notrufe aus der ganzen Wohnung an eine 24h besetzte Notrufanlage gesendet werden. Die erforderlichen Hilfsmaßnahmen können sofort veranlasst werden. Das Angebot wurde in den letzten Jahren beispielsweise durch Rauchmelder, die mit der Notrufzentrale verbunden sind, oder Seniorenhandys erweitert.

Mitgliederverband

Existenzgrundlage für das Wirken der Volkssolidarität sind ihre Mitglieder. Seit der Gründung gab es das Bestreben, in allen Städten und Gemeinden Gruppen der Volkssolidarität zu bilden. Mit der Wende traten aber auch in den Ortsgruppen Zerfallserscheinungen auf. Nach dem gesellschaftlichen Umbruch lösten sich viele von ihnen auf, weil oftmals kein arbeitsfähiger Vorstand mehr vorhanden war. In Chemnitz bestehen derzeit etwa 70 Wohngruppen, verteilt über das gesamte Stadtgebiet, welche eine aktive Arbeit leisten.

Im Oktober 1996 findet für die Mitglieder der Volkssolidarität

in der Chemnitzer Stadthalle die Veranstaltung **„Buntes Herbstlaub“** erstmalig statt und wird zur jährlichen Tradition. Prominente, vor allem aus den neuen Bundesländern, aber auch die Chöre der Volkssolidarität oder Kindergartengruppen sorgen für ein stimmungsvolles Programm.

Seit 1999 erscheint quartalsweise die Mitgliederzeitschrift **„VS Aktuell“**. Das Heft informiert über das Vereinsleben, spricht aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme an und gibt Tipps für verschiedene Lebensbereiche.

In den Jahren 2000 bis 2004 erfolgte eine **Neustrukturierung der Wohngruppen**. Diese können ihre Handlungsfähigkeit erhöhen, wenn sie starke Leitungen haben und durch größere Mitgliederzahlen auch über höhere finanzielle Mittel verfügen. Mehrere Wohngruppen schlossen sich daraufhin zusammen. In den Leitungen wurden seitdem neben dem Wohngruppenleiter, seinem Stellvertreter, Hauptkassierer und Revisor auch Verantwortliche für Kultur und soziale Betreuung gewählt. Entsprechend ihrer Verantwortungsbereiche wurden die Lei-



Titelblatt der ersten Ausgabe der VS Aktuell

tungsmitglieder spezifisch geschult und erhielten konkrete Hinweise für die Gestaltung ihrer Arbeit.

Mit 124 Mitgliedern trat 2002 der Ortsverband **Frankenberg** dem Stadtverband bei und 2003 schloss sich der Ortsverband **Böhringen** als eigenständiger Verein an.

Durch eine Satzungsänderung konnte am 7. Oktober 2010 mit Regina Ziegenhals die erste Ehrenvorsitzende des Stadtverbandes ernannt werden. Nach 20 Jahren als Vereinsvorsitzende kandidierte sie nicht erneut für diese Funktion. Als neuer Vorsitzender ist Andreas Lasseck gewählt worden, der



Finale des „Buntes Herbstlaubes 2010“ zum 65. Jahrestag der Volkssolidarität

Entwicklung einer Wohngruppe

Christa Neubert, Leiterin der Wohngruppe 056, erinnert sich an die Entwicklung nach der Wende: „Als die Wende kam, veränderte sich vieles in der Volkssolidarität. Viele traten aus, wussten sie doch nicht, was auf sie zukommen würde und wie es weitergeht. Doch es ging weiter und die Mitglieder der Volkssolidarität in Karl-Marx-Stadt blieben nicht untätig. Der Wille, gute und bewährte Traditionen zu erhalten, bestärkte die Position, nicht aufzugeben, sondern weiterzumachen. Da ich den Vorsitz unserer Wohngruppe zu dieser Zeit vertrat, erlebte ich den Gründungstag des Stadtverbandes mit.“

Unsere Vorsitzende fand eine neue Arbeit, die sie sehr forderte. Sie hatte nur noch sehr wenig Zeit für die Volkssolidarität und muss-

te schließlich ihre Position aufgeben. Da ich bereits einige Zeit lang ihre Aufgaben übernommen hatte, wurde ich kurzerhand zur neuen Vorsitzenden der Wohngruppe 056 gewählt.

Unsere erste Aufgabe bestand darin, dass wir uns um die Alten kümmern und sie zum Bleiben bewegen sollten. In Folge verließen uns nur wenige Mitglieder und viele konnten auch wieder neu dazu gewonnen werden.

Unser Vorstand funktionierte sehr gut. Es gab nur ein Problem: Wir hatten keine räumlichen Möglichkeiten, wo wir unsere Sitzungen hätten abhalten können. So trafen wir uns reihum in den einzelnen Wohnungen und hielten dort unsere Leitungssitzungen ab. Es war immer gemütlich und stets gab es Kaffee und belegte Bröt-

chen. Es war eine sehr schöne Zeit, alle haben sehr gut zusammengelassen und jeder war für den anderen da. Natürlich hatten wir auch ein reges kulturelles Leben. Es lag mir am Herzen, etwas für die ältere Generation zu tun.

Für Veranstaltungen nutzten wir den Klub auf der Semmelweisstraße. Es kamen immer viele Mitglieder. Oft reichten die Plätze nicht aus und wir mussten enger zusammenrutschen. Dann war es besonders schön. Diese Zusammengehörigkeit vermisse ich sehr. Inzwischen ist unsere Gruppe sehr geschrumpft und zu den Veranstaltungen kommen nur noch sehr wenige, da viele nicht mehr laufen können oder sehr krank sind. Ich habe noch so viele Ideen, doch sie umzusetzen ist kaum noch möglich.“

aufgrund seiner neuen Funktion seine 1990 begonnene Tätigkeit als Geschäftsführer des Stadtverbandes niederlegte. Ulrike Ullrich, seit 2005 gleichgestellte Geschäftsführerin, übernahm allein die Geschäftsführung.

Interessenvertretung

Nach der Wende stand die Volkssolidarität erstmalig vor der Aufgabe, eine sozialpolitische Interessenvertretung in ihren Aufgabenbereich zu integrieren. Diese bezieht sich hauptsächlich auf die Interessen der Mitglieder, aber auch auf die von ihr betreuten Menschen, zu denen sowohl Senioren als auch die Kinder und deren Eltern aus den Kindertagesstätten gehören.

Auf Landes- und auf Bundesebene wird die Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung durch den Landesverband Sachsen und den Bundesverband der Volkssolidarität wahrgenommen.

Auf regionaler Ebene geschieht dies durch die Mitarbeit der Volkssolidarität in kommunalen Arbeitsgruppen und durch das aktive Mitwirken in der Liga der freien Wohlfahrtspflege Chemnitz.

Um die Interessen von Chemnitzer Senioren besser vertreten zu können, haben Sozialverbände, Gewerkschaften, Vereine und Initiativen 2008 ein **Seniorenpolitisches Netzwerk** Chemnitz, unabhängig parteipolitischer Einflüsse, gegründet, in der die Volkssolidarität Chemnitz aktiv mitwirkt. Die Mitglieder des Netzwerkes wollen das bürgerliche Engagement älterer Menschen fördern, sich stärker für die Wünsche und Bedürfnisse der Senioren einsetzen und die Ideen und Tatkraft der Älteren unterstützen.

Auf Initiative von Mitgliedern, Mitarbeitern und Freunden der Volkssolidarität Chemnitz gründete sich im März 2009 die **Wäh-**

lervereinigung Volkssolidarität Chemnitz (VOSI) mit dem Ziel, den Wählern bei der Wahl zum Chemnitzer Stadtrat am 7. Juni 2009 eine Alternative mit sozialer Kompetenz bieten zu können. Die Wählervereinigung erhielt 4,23 % der Stimmen und damit zwei Sitze im kommunalen Parlament.



Wahlkampfplakat der Wählervereinigung

Impressionen

vom 65. Jahrestag der Volkssolidarität und dem 20. Jahrestag des Stadtverbandes



Großer Lampiomumzug am 5. November.



Elvira Oschatz, Regina Ziegenhals und Oberbürgermeisterin Barbara Luwdig (v.l.n.r.) während der Dankeschön-Veranstaltung am 13. Oktober.



Eröffnung der Ausstellung „30 Plakate aus 65 Jahren“ in der Filiale Chemnitz der AOK Plus am 3. September.



Eintragung der Ehrenvorsitzenden Regina Ziegenhals in das Goldene Buch der Stadt Chemnitz am 25. November.



Mitglieder des Frauenchors mit Kindern aus zwei Kindertagesstätten beim „Bunten Herbstlaub – Ein Kessel Buntes zum 65.“ am 22. September.



Eröffnung der Ausstellung „ANNÄHERUNGEN“ in der Filiale Chemnitz der AOK Plus am 3. September.



Der VW Käfer des Stadtverbandes vor dem Hotel Chemnitzer Hof während der Dankeschön-Veranstaltungen vom 12. bis 14. Oktober.



Soziale Dienstleistungen der Volkssolidarität Chemnitz

- Betreuung für Demenzkranke (amb. Einzel- & Gruppenbetr.)
- Betreuung von Kindern/Hort- und Integrationskindern
- Bürgerschaftliches Engagement (Ehrenamt)
- Essen auf Rädern
- Häusliche Kranken- und Altenpflege (24 h)
- Hausnotrufdienst
- Hauswirtschaftsdienste
- Mitgliederbetreuung
- Nachbarschaftshilfe
- Partyservice
- Reisen
- Sozialberatung
- Soziale und kulturelle Betreuung
- Stationäre Altenpflege
- Wohnen mit Serviceleistungen/
Betreutes Wohnen



In der Geschäftsstelle des Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e.V. ist ein Qualitätsmanagementsystem nach DIN ISO 9001:2008 eingeführt und vom TÜV zertifiziert worden.

Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e.V.

Clausstraße 31 · 09126 Chemnitz
Telefon: 0371 5385-100 · 0371 5385-111

<http://www.vs-chemnitz.de>

